

Tröhler, Daniel

## **Der Republikanismus als historische Quelle und politische Theorie des Kommunitarismus**

*Zeitschrift für Pädagogik 47 (2001) 1, S. 45-65*



Quellenangabe/ Reference:

Tröhler, Daniel: Der Republikanismus als historische Quelle und politische Theorie des Kommunitarismus - In: Zeitschrift für Pädagogik 47 (2001) 1, S. 45-65 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-52605 - DOI: 10.25656/01:5260

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-52605>

<https://doi.org/10.25656/01:5260>

in Kooperation mit / in cooperation with:

# **BELTZ**

<http://www.beltz.de>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

# Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 47 – Heft 1 – Januar/Februar 2001

## *Thema: Kommunitarismus*

- 1 GRAHAM HAYDON  
Kommunitarismus, Liberalismus und moralische Erziehung
- 13 HAUKE BRUNKHORST  
Egalität und Differenz
- 23 REBEKKA HORLACHER  
Liberaldemokratische Gesellschaften und Patriotismus. Die pädagogische Relevanz eines theoretisch problematischen Verhältnisses
- 45 DANIEL TRÖHLER  
Der Republikanismus als historische Quelle und politische Theorie des Kommunitarismus

## *Weitere Beiträge*

- 67 HANNELORE FAULSTICH-WIELAND/DAMARIS GÜTING/SILKE EBSSEN  
Einblicke in „Genderism“ im schulischen Verhalten durch subjektive Reflexivität
- 81 N. KEN SHIMAHARA  
Die berufliche Weiterbildung von Grund- und Sekundarschullehrern in Japan

## *Diskussion*

- 101 SIEGRID NOLDA  
Vom Verschwinden des Wissens in der Erwachsenenbildung
- 121 ERNST CLOER  
Die Bildungsgeschichte(n) der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik

## *Besprechungen*

- 137 ALOIS SUTER  
*Friedrich Schleiermacher*: Texte zur Pädagogik.  
Kommentierte Studienausgabe
- 139 HEINZ-ELMAR TENORTH  
*Gerhart Neuner*: Ressource Allgemeinbildung.  
Neue Aktualität eines alten Themas
- 142 FOLKERT RICKERS  
*Ewald Titz*: Bilderverbot und Pädagogik.  
Zur Funktion des Bildverbots in der Bildungstheorie Heydorns
- 145 DIETFRID KRAUSE-VILMAR  
*Jörg-Werner Link*: Reformpädagogik zwischen Weimar, Weltkrieg und  
Wirtschaftswunder. Pädagogische Ambivalenzen des Landschulrefor-  
mers Wilhelm Kircher (1898–1968)
- 147 KLAUS KRAIMER  
*Heinz-Hermann Krüger/Winfried Marotzki* (Hrsg.): Handbuch  
erziehungswissenschaftliche Biographieforschung

## *Dokumentation*

- 153 Pädagogische Neuerscheinungen

## *Content*

### *Topic: Communitarianism*

- 1     GRAHAM HAYDON  
Communitarianism, Liberalism, and Moral Education
- 13    HAUKE BRUNKHORST  
Equality and Difference
- 23    REBEKKA HORLACHER  
Liberal Democratic Societies and Patriotism –  
The pedagogical relevance of a theoretically problematic relationship
- 45    DANIEL TRÖHLER  
Republicanism As Both Historical Source and Political Theory of  
Communitarianism

### *Further Contributions*

- 67    HANNELORE FAULSTICH-WIELAND/DAMARIS GÜTING/SILKE EBSSEN  
Insights Into “Genderism” in School Behavior
- 81    N. KEN SHIMAHARA  
Further Professional Training For Elementary and Secondary School  
Teachers in Japan

### *Discussion*

- 101   SIEGRID NOLDA  
On the Disappearance of Knowledge From Adult Education
- 121   ERNST CLOER  
The History (Histories) of Education in the Federal Republic and the  
German Democratic Republic
- 137   BOOK REVIEWS
- 153   NEW BOOKS

# Der Republikanismus als historische Quelle und politische Theorie des Kommunitarismus

## *Zusammenfassung*

Der Kommunitarismus ist in der pädagogischen Diskussion bislang wenig rezipiert worden. Das hängt im deutschen Sprachraum mit der wirkungsvollen These von F. TÖNNIES zusammen, wonach „Gesellschaft“ eine Verfallsform von „Gemeinschaft“ ist, was den zeitgenössischen Rekurs auf *community* entscheidend erschwert. In diesem Aufsatz wird der Kommunitarismus zunächst als amerikanisches Phänomen am Ende des 20. Jahrhunderts verstanden, dessen Wurzeln im 17. und vor allem in der amerikanischen Gründungszeit des 18. Jahrhunderts liegen. Die Rekonstruktion dieser Anfänge verweist auf einen zentralen Konflikt, der auch in der Frontstellung zweier politischer Sprachen zum Ausdruck kommt: der republikanischen und der naturrechtlichen (später: liberalen). Entscheidend ist, dass trotz der mit der amerikanischen Verfassung beginnende Siegeszug des westlichen Liberalismus die republikanische Sprache nicht verschwand. In ihr liegt die historische Quelle des Kommunitarismus und begründet dessen politische Theorie, die im hohen Maße pädagogisch relevant ist.

## *1. These, Methode und Kontext*

Die Frage nach einer erziehungswissenschaftlichen Rezeption des Kommunitarismus offenbart vier Fakten. Erstens fällt auf, dass trotz der hohen pädagogischen Attraktivität des Themas einschlägige Schriften nur spärlich und Debatten schon gar nicht vorhanden sind. Zweitens wird der Kommunitarismus weniger als eigenständige Bewegung oder Konzeption rezipiert, sondern vor allem als Kritik am Liberalismus und den ihm zugeschriebenen Folgen. Dieses negative Verständnis führt drittens – insbesondere in der deutschsprachigen Literatur – dazu, den Kommunitarismus historisch im 19. Jahrhundert als Reaktion auf Modernisierungstendenzen zu verorten, wobei viertens eine grundsätzliche Sympathie gegenüber dieser Reaktion – ohne liberale Errungenschaften westlicher Staaten grundsätzlich in Frage zu stellen – auszumachen ist, was wiederum zu verschiedenen Vermittlungsvorschlägen führt (vgl. HEYTING 1998; UHLE 1995; REYER 1999): Kompromissfähige Lösungen werden derzeit entweder in den Konzepten von HEGELS Rechtsphilosophie (bzw. der moralisch-bildenden Lektüre derselben; vgl. HELLEKAMPS 1998) oder in jenen von W. v. HUMBOLDT (vgl. ZIRFAS 1999) gesehen.

Ich möchte mit folgenden Überlegungen zeigen, dass die *historische* und *moralische* These, der Kommunitarismus sei primär eine Reaktion auf Modernisierungen, am Kern vorbeigeht. Sie scheint vor allem im deutschen Sprachraum stark geprägt zu sein von der wirkungsmächtigen These F. TÖNNIES', „Gesellschaft“ sei eine Depravationsform von „Gemeinschaft“. Doch TÖNNIES ist für die Auseinandersetzung mit dem Kommunitarismus eher hinderlich, weil er selber im Kontext der antimodernistischen Bewegung des späten 19. Jahrhunderts zu deuten ist. Ohnedies kann der Kommunitarismus nicht als rein historische und dadurch kontingente Erscheinung und mithin als bloße moralische Re-Aktion verstanden werden.

Im Folgenden geht es um den Nachweis, dass sich hinter dem Kommunitarismus ein politisches, soziales, ethisches und damit pädagogisch relevantes Programm versteckt, das weniger als Reaktion, sondern vielmehr als Resistenz älterer Konzepte innerhalb der als „Modernisierung“ bezeichneten Entwicklungen zu interpretieren ist. Ich werde zu belegen suchen, dass der *Republikanismus* das politische Theoriekonzept ist, woraus sich der Kommunitarismus entwickelt hat bzw. bei dem er die meisten – teilweise nicht reflektierten – rhetorischen bzw. konzeptionellen Anleihen macht. Anhand der zwei wichtigsten frühen kommunitaristischen Kritiken am Liberalismus werde ich zeigen, dass es sich beim Kommunitarismus zunächst um ein amerikanisches Phänomen am Ende des 20. Jahrhunderts handelt, das in den Gründungskontext der USA im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts verweist – nicht, weil das Problem dort entstand, sondern weil es besonders virulent wurde und eine entscheidende Wendung nahm (2). Der Ursprung dieses Problemzusammenhangs liegt in der englischen Geschichte des 17. Jahrhunderts und kommt als Spannung zwischen rivalisierenden Modellen in der amerikanischen Gründungszeit zum Ausdruck: der Naturrechtstheorie auf der einen und dem Republikanismus auf der anderen Seite (3). Diese Überlegungen machen deutlich, weshalb die jüngere kommunitaristische Kritik der 1990er Jahre in republikanische Theorieversuche mündet, die wiederum erziehungswissenschaftlich relevant sind (4).

Methodisch folge ich weitgehend dem Ansatz, den die *Cambridge School für die history of political ideas*<sup>1</sup> entwickelt hat. Im Zentrum steht der Gedanke, Texte nicht als zeitlose Dokumente, sondern vielmehr als „Handlungen“ (Pocock) in einem bestimmten Kontext zu verstehen, den es historisch, kulturell, politisch und semantisch zu bestimmen gilt. Darin werden „Diskurse“ untersucht, die ihrerseits auf bestimmte „Sprachen“ zurückweisen, welche als Vokabular zur Verfügung stehen, um politische Sachverhalte zu diskutieren. Entscheidend an diesem Ansatz ist, dass (a) in historischen Kontexten und Diskursen nie nur *eine* (politische) Sprache existiert, sondern mehrere, von denen (b) eine gegenüber den anderen dominant ist, und dass (c) in Krisen, die durch die jeweils dominante Sprache nicht mehr „bewältigt“ werden können, andere Sprachen dominant werden (können)<sup>2</sup>. Einen solchen – gerade für das vorliegende Thema entscheidenden – „Paradigmenwechsel“ hat J.G.A. Pocock für die englische Krisenzeit um 1640 nachgewiesen, als die bis dahin dominante politische Sprache der *Ancient Constitution* durch jene des klassischen Republikanismus ersetzt wurde (vgl. Pocock 1957/1987). Viertens lassen sich verschiedene (politische) Sprachen nicht nur in der Gesellschaft einer bestimmten Zeit, sondern auch bei einzelnen politischen Denkern nachweisen: Ihre Texte enthalten verschiedene Sprachen, was im vorliegenden Zusammenhang gerade bei den *founding fathers* der Vereinigten Staaten nachgewiesen werden soll.

Dieser Ansatz des „Kontextualismus“ hat zu einer wichtigen Korrektur in der politischen Geschichtsschreibung geführt, indem er gerade die republikani-

- 1 Diese Form von Ideengeschichte ist nicht zu verwechseln mit der traditionellen Ideengeschichte etwa im Sinne der Rekonstruktion des Platonismus innerhalb der christlich-abendländischen Tradition.
- 2 Sprachen sind daher nicht nur Instrumentarien, um soziale und politische Verhältnisse abzubilden, sondern auch „Werkzeuge“ (SKINNER), um Praxis zu verändern.

sche Tradition gegenüber der dominanten liberalen Historiographie stark gemacht hat (vgl. SKINNER 1998), eine Tradition, die im hohen Maße pädagogisch relevant ist, wie hier, ganz am Schluss, nachgewiesen werden soll.

Innerhalb der Erziehungswissenschaft ist dieser Ansatz aber – auch in der angelsächsischen Diskussion, soweit ich sehe – bisher nicht zur Kenntnis genommen worden<sup>3</sup>. Während die traditionelle pädagogische Historiographie weitgehend im Zeichen der pädagogischen Belehrung stand (vgl. OELKERS 1998), hat sich in den vergangenen Jahren u. a. F. OSTERWALDER<sup>4</sup> eine „liberale Rekonstruktion“ zur Aufgabe gemacht, was aber gerade hinsichtlich republikanischer Denker wie J.-J. ROUSSEAU dazu geführt hat, zentrale Aspekte zu übergehen. Insofern stellen die folgenden Überlegungen einen Versuch dar, das pädagogisch relevante Erbe des Republikanismus zu rekonstruieren und für die Theoriebildung fruchtbar zu machen.

## 2. Die kommunitaristische Kritik zu Beginn der 1980er Jahre

Die „Bewegung“ (ETZIONI 1993, S. 18.), die „Kommunitarismus“ genannt wird, formiert sich zu Beginn der 1980er Jahre in den USA. Ihre hohe Resonanz verdankt sie unter anderem der Tatsache, dass zwei verschiedene wissenschaftliche Disziplinen Kritik am Liberalismus formulierten. Entscheidend ist, dass beide Kritiken unabhängig voneinander den Ursprung des Problems im 17. und 18. Jahrhundert verorten.

### 2.1 Sandel und die Kritik am „unencumbered self“

Im Allgemeinen ist man sich einig, dass die kommunitaristische Kritik mit M. SANDELS *Liberalism and the Limits of Justice* (1982) ausgelöst wurde. Hauptgegenstand des Werks ist J. RAWLS' *Theory of Justice* (1971). Im Wesentlichen zielt SANDEL darauf zu zeigen, dass in RAWLS' Ansatz fundamentale Widersprüche liegen, die das gesamte Theoriegebäude einstürzen lassen (vgl. SANDEL 1982, S. 46). Im Zentrum dieser Kritik steht RAWLS' hypothetische Konstruktion der „original situation“, in der Menschen nach Grundsätzen der Gerechtigkeit suchen, unter denen sie zusammenleben wollen und jeder seine eigenen Lebensziele verfolgen kann. RAWLS' Gedankenexperiment sieht vor, dass die partizipierenden Personen hinter einem „veil of ignorance“ (Schleier der Unwissenheit) sind; das heißt, sie wissen weder um ihre eigene soziale Stellung noch um ihre privaten Lebenszwecke. RAWLS geht davon aus, dass diese Situation eine „faire“ ist und dass dementsprechend die Gerechtigkeitsgrundsätze, auf die sich die so vorgestellten Teilnehmenden einigen, den Charakterzug der Fairness tragen, über allen Gütern stehen und dieselben auf rechtlicher Basis vermitteln: RAWLS stellt dadurch das Rechte vor das Gute.

3 Die pädagogische Relevanz des Republikanismus im 18. Jahrhundert habe ich versucht in zwei Aufsätzen nachzuweisen, vgl. TRÖHLER 1999a und 1999b.

4 Die liberale Interpretation selbst radikal-republikanischer Autoren der Schweiz wird deutlich etwa in OSTERWALDER 1998; ROUSSEAU dagegen wird primär theologisch und nicht republikanisch ausgelegt, vgl. OSTERWALDER 1999.

SANDELS Kritik richtet sich vor allem gegen zwei verwandte Annahmen RAWLS': erstens, dass Gerechtigkeit die primäre soziale Tugend sei, und zweitens, dass das Recht vor dem Guten stehe. Grundlegend für seine auf Widersprüche konzentrierte Argumentationsstrategie ist die Rekonstruktion von RAWLS' – meist unausgesprochener – philosophischer Anthropologie als Grundlage des Experiments in der „original situation“ (vgl. ebd., S. 60): Durch die Annahme einer „original situation“ ergebe sich ein Verständnis vom Menschen, der eine Identität *unabhängig* und *vor* seinen Zielen und Gütern besitze (ebd., S. 22): Die Ziele und Güter, die ein Mensch hat, seien dadurch keine konstitutiven Elemente des Selbst, sondern werden vom „essentially uncumbered“ self“ (ebd., S. 121) besessen. Einerseits weist SANDEL nach, dass ein solches Selbst sich selbst kennen müsste, um feststellen zu können, was es von den kontingenten Gütern und Zielen trenne (vgl. ebd., S. 55ff.), was aber deswegen nicht möglich sei, weil es durch die Prämissen zum Individuum geworden sei, *bevor* es existierte, und deswegen gar keine Möglichkeit zur Reflexion besitze (vgl. ebd., S. 152f.). Andererseits verweist er auf das Problem, dass es keine guten Gründe gibt, die einsichtig machen, warum die Menschen sich im realen Lebensvollzug an die beschlossenen Regeln halten sollten – außer, wenn RAWLS im Widerspruch zu seiner eigenen Grundannahme eingestehen würde, dass es im Voraus gemeinsam geteilte Werte gebe, die den Menschen erstens eine Identität und zweitens Garantien gäben (vgl. ebd., S. 150 und S. 156). Dann aber kann die Gerechtigkeit nicht mehr als primäre soziale Tugend verstanden und das Recht vor das Gute gesetzt werden. Entsprechend endet das Buch mit dem Fazit, dass ein deontologisches Konzept, wie es RAWLS im Anschluss an I. KANT versucht habe, aufgrund der eigenen Prämissen scheitern müsse, wobei die historischen Wurzeln nicht bei KANT, sondern bereits im 17. Jahrhundert im Kontext der Entwicklung der (säkularen) Naturwissenschaften zu suchen seien (vgl. ebd., S. 175ff.).

## 2.2 Bellah und der Bestseller *Habits of the Heart*

Drei Jahre nach SANDELS philosophischer Kritik an RAWLS' Gerechtigkeits-theorie veröffentlichte ein Soziologenteam unter der Leitung von R.N. BELLAH einen (ersten) Bestseller unter dem Titel *Habits of the Heart*. Dieser geht von zwei Polen aus: von der empirisch festgestellten moralischen Befindlichkeit durchschnittlicher Amerikaner der 1980er Jahre auf der einen, und von A. DE TOCQUEVILLES Beschreibung Amerikas im frühen 19. Jahrhundert auf der anderen Seite. Ziel ist, den Zerfall des von TOCQUEVILLE gepriesenen kommunalen und *community*-gestützten Netzwerks freiwilliger sozialer Verpflichtung in Kirche, Nachbarschaft und Stadtvierteln nachzuzeichnen und zu belegen, dass trotz der irreversiblen Geschichte und der Sprache, die sie zum Verständnis ihrer selbst erzeugt hat („first language“)<sup>5</sup>, eine zu ihr kritische Tradition erhalten

5 „We use *first language* to refer to the individualistic mode that is the dominant American form of discourse about moral, social, and political matters. We use the term *second languages* to refer to other forms, primarily biblical and republican, that provide at least part of the moral discourse of most Americans“ (BELLAH u.a., 1985/1996, S. 334).



geblieben sei, die aus den biblischen und der republikanischen Traditionen stamme und durch eine ursprüngliche Sprache zum Ausdruck gebracht werden könne („second language“) (BELLAH u. a. 1985/96, S. 50). Ziel müsse es daher sein, die Inhalte der verdrängten, aber noch existenten „zweiten Sprache“ zu artikulieren, weil die uralten Traditionen wohl temporär zu verdrängen, nicht aber auszulöschen seien: „In short, we have never been, and still are not, a collection of private individuals .... Our lives make sense in a thousand ways, most of which we are unaware of, because of traditions that are centuries, if not millennia, old“ (ebd., S. 282). Entsprechend betrifft einer der Hauptkritikpunkte die widersprüchliche Haltung zum Individualismus, ein anderer – vom ersten teilweise abhängig – die Dominanz ökonomischen Denkens in der Politik.

Der Individualismus, so BELLAH, gehöre zum Kern der amerikanischen Kultur. Er habe sich auf den Grundlagen klassischer politischer Philosophie auf der einen und biblischer Religion auf der anderen Seite im Kampf gegen die monarchischen und aristokratischen Willkürherrschaften entwickelt – d. h. im 17. und 18. Jahrhundert. Diese beiden Quellen hätten bewirkt, dass die beanspruchte individuelle Autonomie in einen Kontext eingebunden gewesen sei, der sowohl Freiheit als auch Gehorsam (sprich: Tugend) gerechtfertigt habe (vgl. ebd., S. 142f.). Das Bewusstsein dieses Kontextes sei, obgleich man J. LOCKE sehr gut kannte, wirksam geblieben, bis die Vereinigten Staaten nach 1800 geographisch und ökonomisch massiv expandierten (vgl. ebd., S. 147). Die Quellen dieser Form von Individualismus lägen im Kontraktualismus eines T. HOBBS und LOCKE (vgl. ebd., S. 336). Damit verbunden sei eine hohe Affinität zum ökonomischen Verständnis menschlicher Existenz, was wiederum – am Ende des 19. Jahrhunderts – zur wirtschaftlichen Dominanz im gesellschaftlichen Leben geführt habe (vgl. ebd., S. 263). Daraus habe sich, so BELLAH 1991 in *The Good Society*, gerade in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts eine neuerliche „Tyrannei des Marktes“ mit messianischen Versprechen entwickelt. Das sei deswegen besonders gravierend, weil gleichzeitig Fortschritte im demokratischen Wohlfahrtsstaat nicht mehr sichtbar gewesen seien und die Kraft religiöser und republikanischer Sprache, die die Ideologie des Individualismus gemildert hätten, schwächer geworden sei (vgl. BELLAH 1991, S. 90f.).

BELLAH macht – ähnlich wie SANDEL – deutlich, dass der philosophische Ursprung des Problems in der „atomistischen Ideologie“ des 17. Jahrhunderts liege und im amerikanischen Gründungskontext besonders virulent geworden sei und dass diese Zeit den Schlüssel zum Verständnis der Gegenwart darstelle (BELLAH u. a. 1985/96, S. 41).

### 3. *Der Republikanismus als politisch-pädagogischer Diskurs in der amerikanischen Gründungszeit*

SANDELS und BELLAHS Hinweise, dass das gegenwärtig diskutierte Problem in der amerikanischen Gründungszeit virulent gewesen sei und letztlich von dort her rekonstruiert werden müsse, entspricht der seit etwa 1960 geführten kontroversen Debatte amerikanischer Historiker über den Ursprung der Vereinigten Staaten, die ausgelöst wurde, als gegenüber der traditionellen Deutung vom „Durchbruch des Liberalismus“ neue Thesen vorgelegt wurden.

### 3.1 Die Debatte um die amerikanische Gründungszeit

Die Frage, die in dieser Debatte diskutiert wird, zielt auf den Anteil der verschiedenen ideologischen Strömungen, die sich in dieser Gründungszeit nachweisen lassen. M.P. ZUCKERT etwa unterstreicht die bis in die 1960er Jahre weitgehend unangefochtene Interpretation, wonach die Unabhängigkeitserklärung 1776 und die amerikanische Verfassung 1787 genuiner Ausdruck einer liberalen politischen Philosophie seien, deren Ursprünge auf die LOCKESche Naturrechtslehre zurückführe. Sie zeichne sich dadurch aus, dass sie besonderen Wert auf den Schutz der Rechte des Individuums gegenüber dem Staat lege und auf die Bestimmung eines gemeinsamen Guts verzichte (ZUCKERT 1994/1996). Mit dieser These richtet er sich gegen Interpretationen, die im amerikanischen Unabhängigkeitskampf und der anschließenden Verfassung primär eine Fortsetzung von älteren Traditionen sehen will, die nichts mit LOCKE und dessen Naturrecht zu tun haben, sondern Konzepte des so genannten Bürgerhumanismus vertreten, wie sie – primär – im Rekurs auf N. MACHIAVELLI von republikanischen Denkern im Umfeld der englischen Republik nach 1640 propagiert wurden<sup>6</sup>. So wurde bereits 1964 betont, dass die Gründung der USA auf einem Konflikt beruhe, der die englische Geschichte des 17. Jahrhunderts geprägt und dort zu den beiden Revolutionen geführt habe: „Dieser Prozess hatte begonnen, bevor der erste Siedler amerikanischen Boden betrat: Die Differenzierung vollzog sich innerhalb des englischen Volkes“ (MORGAN 1964, S. 516). E.S. MORGAN spielt dabei auf die Konflikte zwischen den republikanisch gesinnten Puritanern und dem stark zum Katholizismus neigenden König JAKOB I. zu Beginn des 17. Jahrhunderts an, die einerseits zum englischen Bürgerkrieg 1642 und andererseits zur Auswanderung der Dissenters nach Amerika geführt hatten. Während in England von 1690 an die „real“-Whigs die Ideen der Republik verbreiteten, halfen die Puritaner, die republikanische Vorstellung der Bürgertugend tief in das Selbstverständnis der Amerikaner einzupflanzen, die weit über die Gründungszeit hinaus wirksam geblieben ist (vgl. ebd., S. 567). Aufgrund umfassender Quellenkenntnis kam 1969 G. Wood sogar zum Schluss, der klassische Republikanismus sei die maßgebende Kraft in der Gründungszeit gewesen (vgl. Wood 1969, S. 562ff.), was von Pocock in *The Machiavellian Moment* (1975) bestätigt wird. Pocock zeigt, dass die Amerikaner, geprägt durch die Debatten um den Englischen Bürgerkrieg 1642 vom klassisch-republikanischen Ideal des patriotischen Bürgers ausgingen, der durch das regelmäßige Einkommen aus seinem Grundbesitz („yeoman“) weniger den Gefahren der Korruption ausgesetzt sei als ein Kaufmann („man of commerce“), der sich ständig um das ökonomische Überleben kümmern müsse und dadurch Leidenschaften erliege, die verunmöglichen, sich selbstlos für das

6 Damit ist genau genommen bloß die wirkungsgeschichtlich dominanteste (oder vielleicht auch nur am besten erforschte) Richtung des Republikanismus bezeichnet, die insbesondere von J. HARRINGTON propagiert wurde und sich auf MACHIAVELLI zurückbezieht und neben HARRINGTON noch weitere Repräsentanten umfasst. HARRINGTON ist im deutschen Sprachgebiet fast gänzlich unbekannt. Eine Ausnahme bildet die Überarbeitung des *Grundrisses der Geschichte der Philosophie*, wo HARRINGTON in einem Unterkapitel in seinen Grundzügen gewürdigt wird (vgl. MOORE 1988), und seit kurzem gibt es eine gute Einführung von A. RIKLIN (1999).

Vaterland einzusetzen: Tugend steht damit dem Kommerz entgegen (vgl. Pocock 1975, S. 486ff.). Diese Grundspannung sei, so Pocock, entgegen der traditionellen Geschichtsschreibung, auch *nach* der Ratifizierung der Verfassung 1787/88 – und bis heute – virulent geblieben (vgl. ebd., S. 527). Die Resistenz republikanischer Tradition, aus welcher der Kommunitarismus weitgehend zu erklären ist, soll hier anhand exemplarischer Beispiele nachgewiesen werden.

### 3.2 Die Unabhängigkeitserklärung 1776

Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 und die Ratifizierung der Verfassung 1787/88 gelten als entscheidende Wegmarken für den politischen Durchbruch des Liberalismus bzw. der ihn auszeichnenden legalozentrischen Sprache. Die vom Juristen TH. JEFFERSON entworfene *Declaration of Independence*, verabschiedet vom zweiten Kontinentalkongress am 4. Juli 1776 in Philadelphia, enthält entscheidende Passagen, die mit dem Liberalismus in Zusammenhang gebracht werden (können). Insbesondere der zweite Satz der Präambel wird dabei immer wieder zitiert: „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness“. Diese Formel erinnert, wie das immer wieder betont wird, stark an LOCKES naturrechtliche Trias von „Life, Liberty and Property“, wobei noch zahlreiche andere Übereinstimmungen zum *Second Treatise* zu finden sind (vgl. ZUCKERT 1994, S. 19, 323). Allerdings steht in dieser Formel „Happiness“ statt „Property“, was von Bedeutung sein könnte, wie eine Stelle aus einem Brief eines weiteren *founding father* zeigt: „As Politics ... is the Science of human Happiness and human Happiness is clearly best promoted by Virtue, what thorough Politician can hesitate who has a new Government to build whether to prefer a Commonwealth or a Monarchy?“ (J. ADAMS 1776 in STOURZH 1970, S. 63)<sup>7</sup>. W. HEUN sieht in diesem Zusammenhang die These bestätigt, dass LOCKES politische Philosophie, wenngleich gerade für JEFFERSON sehr wichtig, dennoch oft überschätzt worden sei (vgl. HEUN 1995, S. 89f.; vgl. auch LASLETT 1960, S. 14)<sup>8</sup>.

Verfolgt man die Entwicklung der Debatten im Vorfeld der Unabhängigkeitserklärung, wird ein (scheinbares) Paradox sichtbar. Während kaum Zweifel daran bestehen, dass der Text der *Declaration* in der Folge von LOCKE gesehen werden muss, verweisen die Diskussionen im Vorfeld auf den republikanischen Diskurs. Das bedeutet, dass der Entschluss zur Trennung vom Mutterland *moralische* Empörungen zur Grundlage hatte, die *republikanischem* Denken entsprangen bzw. durch die Sprache des Republikanismus artikuliert

7 Q. SKINNER (1998) stellt die rezeptionsgeschichtliche These auf, wonach „happiness“ von HARRINGTON her zu lesen sein könnte (S. 20, Fußnote 61).

8 Die einzige von JEFFERSON veröffentlichte Schrift, die *Notes on the State of Virginia*, enthält Argumente, die sowohl auf die naturrechtlich-liberale als auch auf die republikanische Sprache zurückverweisen. Die republikanische Ideologie wird etwa in der Lobpreisung der landwirtschaftlichen Arbeit gegenüber der kommerziellen deutlich: „I repeat it again, cultivators of the earth are the most virtuous and independant citizens ... But the actual habits of our countrymen attach them to commerce. They will exercise it for themselves. Wars then must sometimes be our lot; ...“ (JEFFERSON 1785/7/1984a, S. 301)

wurden. Bereits in den 1760er Jahren, als sich der Konflikt aufgrund von neuen Steuern entzündete, wurde England als moralisch verdorben, als korrupt verstanden. Briefe von nach England gereisten Amerikanern zeugen davon, dass sich die Briten durch „Luxus, Verschwendungssucht und Verderbnis“ auszeichneten und so nach Ansicht von J. ADAMS die amerikanische Freiheit grundsätzlich in Frage stellten (vgl. MORGAN 1964, S. 524, 530). Die von England eingesetzten Zollbeamten, welche die Warensteuern kassieren mussten, leisteten der republikanischen Rhetorik in doppelter Hinsicht Vorschub. Erstens erwiesen sie sich als korrupt, indem sie Gesetzeslücken für ihre eigene Bereicherung ausnützten, und zweitens führten ihre Klagen über mangelnde Sicherheit zur Entsendung von Soldaten (vgl. ebd., S. 529). Dieser Schritt war entscheidend, weil er als Akt der Krone gedeutet wurde, ihren Machtbereich absolut zu erhalten (bzw. auszubauen), und weil es sich um *Berufssoldaten* handelte – käufliche Krieger im Solde des Königs zur Unterdrückung der Amerikaner –, mithin um ein exaktes Gegenbild der aus machiavellistischen Tradition hervorgegangenen *virtù* des Milizsoldaten (vgl. Pocock 1975; METZGER 1999, S. 347ff.). Das „Massaker von Boston“ 1770 (in Wirklichkeit starben „bloß“ fünf Menschen) schürte die republikanische Rhetorik der Tugend und verfinsterte das Bild der korruptierten Engländer. In der Rede zum fünften Jahrestag des „Massakers“ bezeichnete der Arzt und spätere Milizoffizier J. WARREN die Briten als durch Luxus korruptiert, d.h. als unfrei, und preist Amerika als Hort der Tugend (und damit der Freiheit). Damit wird die Hoffnung verknüpft, dass England sich über die *virtue of America* moralisch bessern würde.

Die entscheidende Schrift, die die latente Forderung nach Unabhängigkeit zum Ausdruck brachte, wurde im Frühjahr 1776 vom englischen Quäker und Wahlamerikaner TH. PAINE veröffentlicht. In der Zwischenzeit hatte der Krieg der Engländer gegen die Amerikaner begonnen und damit den Wunsch nach Selbstständigkeit auf Seiten der Kolonien verstärkt. PAINES Schrift unter dem Titel *Common Sense* schlug ein und verkaufte sich innerhalb kürzester Zeit in 100000 Exemplaren. Ihr Ziel, die Loslösung Amerikas von England, wird primär naturrechtlich begründet – zumindest zu Beginn der Schrift. Regierungen seien, so PAINE, gerade deswegen nötig, weil die Menschen zu wenig Tugend hätten, und deren wichtigste Aufgabe es sei, Freiheit und Sicherheit der Individuen zu schützen (vgl. PAINE 1776/1989, S. 4f.). Durch die Trennung von Gesellschafts- und Herrschaftsvertrag gelingt es ihm, die ursprüngliche Gleichheit der Menschen zu betonen, die jegliches Königtum als illegal erscheinen lässt (vgl. ebd., S. 8), wobei die Erbmonarchie besonders verderbliche Folgen hätte (vgl. ebd., S. 11). PAINE kritisiert die Auffassung, England sei eine Republik, nur weil es eine Verfassung habe: „Why is the constitution of England sickly but because monarchy hath poisoned the republic, the crown has engrossed the commons“ (ebd., S. 15). Der Wandel von naturrechtlichen zu moralischen Argumenten, bzw. der Wandel in der Sprache, ist dabei unübersehbar. Zwar benutzt PAINE in der Folge wieder naturrechtliche Argumente, die aber nicht *einer* Sprache zugewiesen werden können. „But where, say some, is the king of America? I'll tell you, friend, he reigns above, and doth not make havoc of mankind like the Royal Brute of Great Britain. ... For as in absolute governments the king is law, so in free countries the law *ought* to BE king, and there ought to be no other“ (ebd., S. 28). Die Nähe dieser Argumente zum Republi-

kanismus ist gleichsam Ausdruck der Distanz zum Kommerz und Besitzindividualismus<sup>9</sup>, die von LOCKES Naturrecht ausgehen und nach Meinung PAINES die beiden Grundpfeiler der Republik, Miliz und Patriotismus, zerstören (vgl. ebd., S. 34).

Mit anderen Worten: Wenngleich die Trennung vom Mutterland 1776 vorwiegend naturrechtlich begründet wurde, stammte das Motiv aus der republikanischen Empörung auf der einen und dem patriotischen Gefühl auf der anderen Seite: „There must be a positive Passion for the public good, the public Interest, Honour, Power, and Glory, established in the Minds of the People, or there can be no Republican Government, nor any real Liberty; and this public Passion must be Superior to all private Passions“<sup>10</sup>

### 3.3 Die Verfassungsdebatte 1787

Die im Jahre 1781 in Kraft getretene Konföderationsverfassung der dreizehn Republiken – eine lose Union faktisch souveräner Staaten – war Resultat einer „republikanisch-lokalen“ Denkweise, die bis in die Mitte der 80er Jahre dominant war und im klassisch-republikanischen Denken tief verankert ist. ROUSSEAU hat, als er über die Voraussetzungen einer Demokratie nachdachte, am prominentesten ausgesprochen, was innerhalb des republikanischen Diskurses Allgemeingut war: die Begrenzung des geographischen Raums als ein zentraler Faktor einer Republik; neben der Einfachheit der Sitten, der Notwendigkeit der Tugend und der Gleichheit der Bürger<sup>11</sup>. Es war bezeichnenderweise ein Problem des *commerce*, der die stärkere Vereinigung der einzelnen Republiken in Gang setzte: der amerikanisch-spanische Handelsvertrag, der zu Spannungen zwischen den nördlichen und südlichen Staaten und die wiederum zur entscheidenden Handelskonferenz in Annapolis im September 1786 geführt hatte. Diese Konferenz wurde maßgeblich durch eine Rebellion von steuerbelasteten Farmern in Massachusetts erschüttert, der sich die lokale Miliz unter der Führung eines früheren Hauptmanns der *Continental Army*, D. SHAYS, anschloss und den Amerikanern vor Augen führte, dass die Harmonie, Gleichheit und Tugend vor allem auch eine rhetorische Größe war: Die durch die Revolution und den Krieg freigesetzten Massen forderten ihr Recht, und die reichen Machttäger fürchteten um ihr Eigentum. Die Rebellion führte zum entscheidenden Wechsel in der Frage nach den Grundlagen der Politik. Stand bisher die Verhinderung starker staatlicher Macht im Vordergrund – mit dem König von England als Paradebeispiel –, drohte nun die Gefahr von „unten“,

9 Der Begriff des Besitzindividualismus (*Possessive Individualism*) ist vom Kanadier C.B. MACPHERSON (1962) gerade für die Zeit und die Konzepte zwischen HOBBS bis LOCKE geprägt worden und passt, obgleich der Autor selber keinen Bezug darauf nimmt, bestens in die Kritik des Republikanismus an dem Naturrecht und dem sich daraus entwickelnden Liberalismus.

10 ADAMS in einem Brief an M. WARREN 1776 in STOURZH 1970, S. 65.

11 *Contrat social*, III. Buch, IV. Kapitel. ROUSSEAU 1762/1964, S. 405. Dass de facto diese Voraussetzungen in Amerika vielfach nicht (mehr) real waren (wie etwa die Größe der einzelnen Republiken, die soziale Ungleichheit, die Kriegsgewinnler, die sich dem Luxus hingaben), spielt für den Umstand der Denkweise (noch) keine entscheidende Rolle und bestätigt vielmehr die Kraft der „Sprache“.

die Gefahr der Tyrannei der Mehrheit. Unter diesen Vorzeichen entwickelte sich die Handelskonferenz zu einer verfassungsgebenden Versammlung, an deren Ende nach zähem Ringen im September 1787 der Entwurf der *Constitution of the United States* vorlag, der von den einzelnen Staaten zu ratifizieren war<sup>12</sup>.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten bedient sich, ähnlich wie die *Declaration*, primär der legalozentrischen Sprache und ordnet die Beziehungen zwischen Volk, Repräsentanten, Regierung und Judikative nicht mehr im Vertrauen auf *virtue*, sondern auf dem System der *checks and balances*, das von den Eigeninteressen des Individuums ausgeht und versucht, dieses mit den Interessen der anderen auszubalancieren. Im Zentrum dieser Austarierung steht ein Gesetzssystem, das die Beziehungen zwischen den Einzelnen und zwischen dem Einzelnen und der Regierung regelt. Die Sprache ist eindeutig naturrechtlich-liberal: Nicht mehr das Gemeinwohl, die patriotische Tugend und die Pflicht gegenüber dem Vaterland stehen im Zentrum, sondern das Recht des Individuums, seine eigene Interessen zu verfolgen, solange er dabei nicht die Rechte der anderen stört. Der Staat ist damit nicht mehr – um Begriffe der Französischen Revolution zu verwenden – gemeinsames Gut der *citoyens*, sondern Garant für die Rechte des *bourgeois*.

Mit der *Constitution* setzte sich, wie das den meisten Amerikanern im vollen Umfang erst Jahre später bewusst wurde (vgl. dazu APPELBY 1995, S. 54), die Sprache des Liberalismus durch, verdrängte aber, und das ist entscheidend, jene des Republikanismus nicht und damit auch nicht fundamentale Anliegen, die dieselbe ausdrückt. Das zeigt sich schon daran, dass von allen politischen Publikationen der 1780er Jahre keineswegs naturrechtliche Denker oder Theorien im Vordergrund standen. D.S. LUTZ hat in einer umfangreichen Studie der zitierten Literatur innerhalb der amerikanisch-politischen Publizistik zwischen 1760 und 1805 nachgewiesen, dass der Einfluss von LOCKE für die Verfassung weit weniger wichtig war, als bisher angenommen, und vor allem dazu benutzt wurde, die Loslösung vom tyrannisch eingeschätzten englischen König zu legitimieren (vgl. LUTZ 1984, S. 192f.). Der meistzitierte Autor der 80er Jahre war CH. DE SECONDAT MONTESQUIEU, gefolgt vom vergessenen gegangenen W. BLACKSTONE, dessen Kommentare zur *Glorious Revolution* in Amerika mehr Wirkung gehabt haben als jene von LOCKE (vgl. STOURZH 1970/1989, S. 148). Diese Befunde sprechen gegen die Dominanz vom LOCKESchen Naturrecht – ganz abgesehen davon, dass damals nicht, wie das heutige liberale Rekonstruktionen gerne sähen, vor allem LOCKES *Second Treatise* gelesen wurde, sondern seine Erkenntnistheorie (vgl. LUTZ 1984, S. 196).

Der Streit um die Verfassung ist als Kontroverse zwischen den *Federalists* und den *Anti-Federalists* in die Geschichte eingegangen, wobei die ersten für die Verfassung und damit für eine stärkere Zentralregierung votierten, was von den Antipoden scharf kritisiert wurde. Schon die Analyse der zitierten Werke widerspricht zu einem großen Teil der lange Zeit unhinterfragten Annahme, dass die siegreichen *Federalists* Liberale waren und die *Anti-Federalists*

12 Alle Staaten unterzeichneten die Verfassung, wenn auch denkbar knapp. Delaware ratifizierte sie bereits am 7. Dezember 1787, während Rhode Island erst am 29. Mai 1790 unterzeichnete. Die entscheidenden Staaten waren Virginia, Massachusetts und New York, die sich alle bis zum Juni 1788 für die Verfassung entschieden.

Republikaner. I. KRAMNICK (1990, S. 261 ff.) hat nachgewiesen, dass eine solche Annahme nur unter zahlreichen Abstrichen den Tatsachen entspricht und vor allem Ausdruck einer Historiographie ist, die weniger kontextuell als im althergebrachten Sinne ideengeschichtlich verfährt und die Rekonstruktion des liberalen Siegeszuges gegenüber allen anderen Diskursen überbetonen will. LUTZ bestätigt dieses Resultat durch die Analyse der zitierten Werke, aus welcher deutlich wird, dass erstens für die Argumente der *Federalists* republikanische Autoren wie A. MABLY wichtig waren und die *Anti-Federalists* eher auf das Naturrecht von LOCKE, S. PUFFENDORF und E. DE VATTEL zurückgriffen und dass zweitens die englischen „real“-Whig-Autoren von beiden Seiten ähnlich oft zitiert wurden. Das Fazit der Untersuchung lautet: „Despite these differences, the most interesting finding is how similar the Federalists and Anti-Federalists are in their citation patterns“ (LUTZ 1984, S. 195).

Die inhaltliche Analyse der Debatten um die Ratifizierung der Verfassung bestätigt, dass mehrheitlich *republikanische* Argumente die Annahme der Verfassung begünstigten. Das zeigt sich schon daran, dass die wichtigsten Exponenten der *Federalists*, J. MADISON, A. HAMILTON und J. JAY, ihre vehementen Stellungnahmen für die Verfassung unter dem Pseudonym „Publius“ veröffentlichten, womit sie über PUBLIUS VALERIUS PUBLICOLA referierten, der zusammen mit BRUTUS (dem Älteren) das römische Königtum gestürzt, die römische Republik errichtet und sich durch tugendhaften Wandel und weise Gesetzgebung im Volk beliebt gemacht hatte<sup>13</sup>.

Die Existenz zweier Sprachen lässt sich nicht nur innerhalb der *Federalists*, sondern gerade auch beim Wortführer MADISON nachweisen; selbst im (vermutlich) meistzitierten 10. Artikel, der entscheidende Argumente zugunsten einer *prozeduralen* Republik enthält, die auf Tugend verzichtet. Die kaum erkannte Pointe dabei ist, dass das diskutierte Problem dem republikanischen Denken entspringt: die Furcht vor Parteilung. „Unter Parteilung verstehe ich eine Anzahl von Bürgern ..., die von gemeinsamen Leidenschaften oder Interessen getrieben und geeint sind, welche im Gegensatz zu den Rechten anderer Bürger oder den ständigen Gesamtinteressen der Gemeinschaft stehen“ (Die *Federalist Papers* 1787/1788/1993, S. 94). Das Thema der Gefährdung der „Gesamtinteressen der Gemeinschaft“ ist ein klassisch-republikanisches Problem, das aus dem Recht der Bürger, Partikularinteressen durch Parteibildungen Nachdruck zu verleihen, entspringt: Parteilungen werden als Ausdruck des menschlichen Egoismus erkannt, der die Gesellschaft zu spalten droht. Damit müsse jedoch, so MADISON, eine Regierung umgehen können. „Diese vielfältigen und einander widersprechenden Interessen zu regulieren, ist die wesentlichste Aufgabe der modernen Gesetzgebung“ (ebd., S. 95). Das „Heilmittel“ gegen die befürchteten negativen Folgen – vor allem die Majorisierung des Volkes durch eine Interessengruppe – sieht er in der (modernen) „Republik“, die im Unterschied zur „Demokratie“ *repräsentativ* organisiert ist und deshalb

13 Die Kenntnisse aus der Antike, die immer wieder zur Stützung ihrer Meinung benutzt wurden, bezogen die *Federalists* auf PLUTARCHS *Große Griechen und Römer*. Vgl. B. ZEHNPFENNIG 1993, S. 4, Anm. 17.

auf eine viel größere Fläche bezogen werden könne<sup>14</sup>. Diese größere Fläche würde erstens den zentralen Nachteil der kleinräumigen Demokratien umgehen, weil innerhalb einer kleinen Zahl von Bürgern die Majorisierung wahrscheinlicher ist als in großräumigen (ebd., S. 99): „Treffen Antrieb und Gelegenheit ungehindert zusammen, dann sind bekanntlich weder moralische noch religiöse Motive verlässliche Kontrollinstanzen“ – sondern vielmehr die Distanz und dadurch die erschwerten Bedingungen (vgl. ebd., S. 97).<sup>15</sup>

MADISON vertritt weder einen klassischen Republikanismus noch einen sich auf diskursive Öffentlichkeit stützenden Liberalismus – und nur wenige Jahre nach Annahme der Verfassung wird er sich ganz explizit dem klassischen Republikanismus zuwenden. Das wird, unter anderem, auch in dem von ihm verfassten 14. Artikel deutlich, wo er die Amerikaner nicht primär als durch Gesetze verbunden versteht, sondern als Teilhaber am gemeinsamen Glück. In Ablehnung der Vorwürfe der *Anti-Federalists*, die Union würde die Amerikaner trennen, schreibt er: „Hören Sie nicht auf die die Natur verleugnende Stimme, die Ihnen einreden will, dass das amerikanische Volk, welches durch so viele Bande der Zuneigung geeint ist, nicht länger wie eine Familie zusammenleben könne, dass es nicht fortfahren könne, der gemeinsame Hüter seines gemeinsamen Glücks zu sein, und dass es nicht länger eine Gemeinschaft von Brüdern eines einzigen großen, respektablen und blühenden Imperiums sein könne“ (ebd., S. 118). Und HAMILTON ergänzt in der nachfolgenden Nummer, dass durch die Ablehnung der Verfassung „das heilige Band, welches das amerikanische Volk eint, zerrissen oder gelöst“ werde (ebd., S. 119).

### 3.4 Der pädagogische Grundgehalt der Diskussion

In den Diskussionen um die Abhängigkeit der Kolonien und der Ratifizierung der *Constitution* standen evidenterweise pädagogische Argumente nicht im Mittelpunkt. Dennoch lässt sich an zwei repräsentativen Texten zeigen, dass ein grundlegendes Bewusstsein der Bedeutung der Erziehung und Bildung für die Erhaltung der Republik existierte und dass diese vorwiegend republikanischer Tradition entsprach.

Das erste Beispiel ist insofern von besonderer Bedeutung, als der Autor, B. RUSH, zu den Unterzeichnern der *Declaration of Independence* 1776 gehörte und dementsprechend von einer liberalen Historiographie zu den Wegbereitern des Liberalismus gezählt werden müsste. Diese Identifikation könnte sogar noch dadurch bekräftigt werden, dass der erste Teil seiner 1786 (1965) erschienenen Erziehungsschrift (*Plan for the Establishment of Public Schools*) ein Konzept für die „Diffusion of Knowledge“ enthält und dabei ein öffentliches, von allen Einwohnern mittels Steuern zu bezahlendes Schulsystem vorsieht, das vier aufeinander folgende Stufen enthält. Doch der zweite, doppelt so umfangreiche Teil trägt den bezeichnenden Titel *Thoughts upon the Mode*

14 Einer der wesentlichsten Unterschiede der modernen Republik gegenüber der klassischen liegt in der Vorstellung, personale Souveränität lasse sich politisch delegieren; vgl. auch Anm. 15.

15 Der Verzicht auf Tugend ist ein weiterer wichtiger Unterschied zum klassischen Republikanismus, ohne dass Parteilichkeit als Voraussetzung diskursiver Öffentlichkeit gedeutet wird.



of *Education Proper in a Republic*. In Übereinstimmung mit dem System der Spartaner betont RUSH, eine republikanische Erziehung dürfe nur im eigenen Land und nicht im Ausland stattfinden, weil nur das die richtigen Vorverständnisse (*prejudice*) zum Wohl des Landes erzeuge (vgl. RUSH 1786/1965b, S. 9). Grundlage dieser republikanischen Erziehung ist – und hier macht sich eine andere Traditionslinie des klassischen Republikanismus bemerkbar – die Religion (vgl. ebd., S. 10). Ihm sei es lieber, die Menschen würden MOHAMMED oder KONFUZIUS als gar keiner Religion anhängen,<sup>16</sup> wenngleich er für das Christentum eintrete. „A Christian cannot fail of being a republican“ (ebd., S. 11). Deswegen plädiert er für die Bibel als wichtigstes (aber nicht einziges) Schulbuch, weil in ihr Wahrheiten stünden, die sowohl für die republikanische Regierung als auch für das individuelle Verhalten wichtig seien. Neben der Lektüre der Heiligen Schrift müsse sich die Schule auf die Bildung des Patriotismus konzentrieren: „Next to the duty which young men owe to their Creator, I wish to see a supreme regard to their country inculcated upon them“ (ebd., S. 13). Unter country versteht RUSH zunächst den persönlichen sozialen Kontext und das Eigentum, gibt aber zu bedenken: „Let our pupil be taught that he does not belong to himself, but that he is public property. Let him be taught to love his family, but let him be taught at the same time that he must forsake and even forget them when the welfare of his country requires it“ (ebd., S. 14).

Für einen guten Bürger gibt es nach RUSH keine Neutralität in Bezug auf sein Vaterland; er müsse vielmehr ein entschiedener Gegner aller Parteiungen sein. Patriotismus sei aber eine positive Größe und zeichne sich nicht durch Feindschaft gegenüber den anderen Menschen auf der Welt aus. Grundsätzlich dürfe ein Bürger Eigentum anhäufen und sich gelegentlich Vergnügungen hingeben, solange er sich bewusst sei, dass sein Leben „not his own“ sei, wenn das Vaterland rufe (ebd., S. 15). Entsprechend erweist sich RUSH als Republikaner, der weniger auf HARRINGTON (landwirtschaftlicher Grundbesitz als Voraussetzung zur Tugend, Skepsis gegenüber Kommerz) als auf antike und frühchristliche, d.h. puritanische Formen des Republikanismus zurückzuführen ist. Die Betonung der Wichtigkeit von Schulfächern wie Rhetorik und Geschichte (vgl. ebd., S. 19) verweist auf die republikanische Provenienz, während die Indifferenz gegenüber dem Kommerz sich in der Ablehnung des Erlernens der „dead languages“ ausdrückt und auf einen Republikanismus zielt, der (auch) den Gefahren einer Land-Aristokratie entgegensteht (ebd., S. 19)<sup>17</sup>.

Der zweite repräsentative Text jener Zeit, von WEBSTER, besteht auf gewissen Unterschieden zu RUSHs Konzept wie der geringeren Bedeutung der Bibel als Schulbuch, benutzt aber im Wesentlichen dieselbe republikanische Argumentation. Von besonderem Interesse ist er hier deswegen, weil der Autor als Befürworter der Verfassung 1787 dagegen votiert hatte, das Desiderat der Tugend in der Verfassung zu erwähnen (vgl. 3.3). Seine in derselben Zeit verfasste Schrift *On the Education of Youth in America* zeigt allerdings, dass pädagogisch erzeugte, politisch relevante Tugend als Voraussetzung einer Verfassung gese-

16 Hier zeigt sich, dass in Amerika die religiöse Toleranz nicht (nur) rational-aufklärerisch-liberalen Ursprungs ist.

17 Es ist kein Zufall, dass die Heimatrepublik RUSHs Pennsylvania war, das sich in der Verfassung von allen anderen durch eine radikale Basisdemokratie auszeichnete.

hen wird, die ohne Tugend zu argumentieren hat. Wie RUSH betont WEBSTER zunächst die Wichtigkeit der Wissensvermittlung, weist dann aber auch auf die Bedeutung sowohl der Tugend als auch der Sitten als „polished manners“ hin (WEBSTER 1787/88/1790/1965, S. 53). Beide seien sie wichtig, aber Letztere könnten noch später angeeignet werden, während die Tugend in der Jugend erlernt werden müsste (vgl. ebd., S. 53f.).

WEBSTER votiert für die Marginalisierung von Griechisch und Latein in der Grundschule und fordert die Vorbereitung für die Berufe, seien sie landwirtschaftlicher Art oder solcher des Kommerzes. Besonderen Wert legt er auf die hervorragende charakterliche Eignung der Lehrpersonen: „The practice of employing low and vicious characters to direct the studies of youth is in a high degree criminal“ (ebd., S. 60f.); weil jede Begegnung mit dem Bösen – auch zum vermeintlichen pädagogischen Zweck der Abschreckung – nur die Nachahmung fördere<sup>18</sup>.

In expliziter Übereinstimmung mit MONTESQUIEU (1748/1951, IV. Buch, S. 261ff.), der die Erziehung auf die Grundsätze der Regierung angewandt sehen wollte, folgert WEBSTER: „For this reason society requires that the education of youth should be watched with the most scrupulous attention. Education, in a great measure, forms the moral characters of men, and *morals are the basis of government*“ (und damit die Voraussetzung der Verfassung, Hervorhebung DT, ebd., S. 64). Deswegen, so WEBSTER, sei *education* die wichtigste Angelegenheit des Staats, die sich nicht bloß auf die Einrichtung von Schulen beschränke, sondern vor allem auch die Auswahl moralischer Lehrkräfte beinhalte (vgl. ebd.). Aus diesen Gründen ist es nur folgerichtig, wenn die nationale Geschichte der USA zu einem der wichtigsten Schulfächer bestimmt wird, in welcher freiheitlich-republikanische Helden eine charakterbildende Rolle spielten (vgl. ebd., S. 65). Und ebenso verständlich wird WEBSTERS – mit RUSH und auch JEFFERSON (1785/1984b, S. 838f.) übereinstimmende – Abneigung gegen Bildungsreisen nach Europa, auf welchen die Gefahr drohe, den Patriotismus zu verlieren (WEBSTER 1787/88/1790/1965, S. 73f.), und dementsprechend sein Eintreten für Bildungsreisen durch die Vereinigten Staaten selbst: „A tour through the United States ought now to be considered as a necessary part of liberal education“ (S. 77).<sup>19</sup>

18 Diese Überlegungen machen deutlich, weshalb WEBSTER in der Befürwortung der Verfassung *nicht* mit Tugend argumentierte. Gesetz und Predigten dienten allenfalls der Unterdrückung der Sünden, nicht aber der wirklichen Veränderung des Verhaltens. Der einzig praktikable Weg „to reform mankind is to begin with children, to banish, if possible, from their company every low-bred, drunken, immoral character“ (ebd., S. 63).

19 Diese Stelle zeigt, dass *liberal education* keineswegs mit Bildungskonzepten der europäischen, speziell der schweizerischen Liberalen im 19. Jahrhundert gleichgesetzt werden darf. Gerade der letzte Punkt verweist vielmehr auf die radikalen republikanischen Zürcher des 18. Jahrhunderts, die aus Sorge über den drohenden Untergang der Republik fast xenophobe pädagogische Grundsätze vertraten und sich vehement gegen die gängige Praxis der Auslandsreisen wendeten (vgl. TRÖHLER 2000a).

#### 4. Die pädagogische Relevanz des modernen Republikanismus

Folgt man erstens dem kontextualistischen Ansatz der *Cambridge School*, wonach Sprache nicht bloß Abbild einer Zeit ist, sondern die soziale Wirklichkeit konstituiert, geht man zweitens davon aus, dass die „liberale“ Verfassung sich primär „republikanischen“ Argumenten zu verdanken hat, und setzt man drittens voraus, dass Umbruchs- oder Krisenzeiten zu Paradigmenwechseln in der Dominanz der (politischen) Sprachen führen, so erstaunt es nicht, dass die republikanische Sprache im Verlauf der Geschichte immer wieder und in unterschiedlichen *couleurs* auftauchte. Für die pädagogische Geschichtsschreibung gilt es, in Zusammenhang mit der politischen Theorie bzw. dieser politischen Sprache die meist immanente pädagogische Theorie zu rekonstruieren. Gerade J. DEWEY spielt in dieser Hinsicht in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine zentrale Rolle und vermag zu zeigen, welch eminent pädagogischen Gehalt diese Sprache enthält (vgl. TRÖHLER 2000b).

In diesem Sinne erlebte die republikanische Sprache in den 1980er Jahren als frühe kommunitaristische Kritik am philosophischen Liberalismus (SANDEL) oder an den sozialen Folgen des politischen Liberalismus (BELLAH) eine neuerliche Konjunktur, wobei die als „Kommunitarismus“ zu bezeichnende Kritik sich zusehends hin zu republikanischen Theorieversuchen entwickelte. Diese Entwicklung und die darin zum Ausdruck kommende pädagogische Relevanz soll nachfolgend anhand zweier Texte von CH. TAYLOR und M. SANDEL gezeigt werden.

##### 4.1 Von der kommunitaristischen Kritik der 1980er Jahre zur republikanischen Theorie in den 1990er Jahren

Die Entwicklung kommunitaristischer Kritik hin zu republikanischer Theoriebildung begann 1989 mit CH. TAYLOR. TAYLOR versucht zu zeigen, dass bei genauer Betrachtung die Kontroverse zwischen den Kommunitaristen und den Liberalen unpräzise geführt werde und deswegen nicht fruchtbar sein könne. Vor allem stellt er eine Vermischung ontologischer Fragen von solchen der „Parteinahme“ fest. Ontologische Fragen, so TAYLOR, verwiesen auf Faktoren, mit welchen man das soziale Leben zu erklären suche. Nun habe es seit mehr als 300 Jahren einen Streit zwischen zwei nicht zu vereinbarenden Modellen gegeben, jenen der Atomisten und jenen der Holisten. Die Atomisten, auch „methodische Individualisten“ genannt, versuchten, soziale Handlungen, Strukturen und Bedingungen durch die Eigenschaften der das Soziale konstituierenden Individuen zu erklären, und verstünden soziale Güter als Addition individueller Güter<sup>20</sup> (vgl. TAYLOR 1989/1994, S. 103). Von den ontologischen Fragen zu unterscheiden seien die Fragen der Parteinahme, die sich auf moralische Standpunkte bzw. die Politik bezögen. Hier gebe es weniger zwei konkurrierende Modelle als ein breites Spektrum, an dessen einem Ende dem Individuum („individualistisch“) und anderem Ende dem Gemeinschaftsleben

20 Populärer und zugleich klassischer gesagt: Für die Atomisten ist das Ganze nur die Summe der Einzelteile und nicht mehr.

(„kollektivistisch“) das absolute Vorrecht zugesprochen werde. Die Bedeutung dieser Unterscheidung illustriert TAYLOR mit der richtigen Bemerkung, SANDELS Buch von 1982 sei eine ontologische Auseinandersetzung mit RAWLS, während die liberale Kritik das Werk SANDELS als eines der Parteinahme verurteilte.

Logischerweise müsse die ontologische Bestimmung der normativen Entscheidung vorangehen. Eine ontologische Position anzunehmen bedeute aber nicht schon die Vorentscheidung für eine bestimmte Parteinahme, helfe aber, die Optionen zu definieren, für die man sinnvollerweise eintreten könne. Wenn SANDEL RAWLS nachweise, dass dieser in seiner *Theory of Justice* gewissermaßen solidarische Menschen voraussetze (s.o.), dann sei damit eine Kritik auf ontologischer Ebene angesprochen<sup>21</sup>, die den Holismus befürworte, dem sich TAYLOR anschließt und auf dieser Grundlage normativ für den Individualismus plädiert.

Methodisch verfolgt TAYLOR die Verteidigung seiner präferierten Möglichkeit, indem er nachweisen will, dass der dominante, von ihm „prozedural“ genannte Liberalismus, der sich der ontologischen Dimension gar nicht bewusst sei, erstens unrealistisch (vgl. ebd., S. 110–129) und zweitens ethnozentrisch (vgl. ebd., S. 129f.) ist und so dem eigenen Anspruch auf Universalität nicht gerecht wird. In diesem Zusammenhang erbringt TAYLOR, gestützt auf SANDEL (1982), den Nachweis „unmittelbar geteilter Güter“, wobei vor allem der Patriotismus im Zentrum steht<sup>22</sup>, den er wiederum mit dem klassischen Republikanismus in Verbindung bringt: „Ich möchte behaupten, dass die republikanische These in ihrer ... Anwendung heute so relevant und wahr ist wie sie zu antiken oder frühmodernen Zeiten war, als die paradigmatischen Aussagen des republikanischen Humanismus formuliert wurden“ (ebd., S. 122). Die Partizipation der Bürger sei der einzige Garant gegen den „Zerfall öffentlichen Geistes“ und damit gegen die Gefahren einer freien Gesellschaft (ebd., S. 127).

Die eminent pädagogische Dimension dieses republikanischen Desiderats moderner liberaldemokratischer Staaten zeigt sich anhand einer späteren Veröffentlichung SANDELS (1995), in welcher er die Möglichkeit republikanischer Theoriebildung im 20. Jahrhundert untersucht, die bezeichnenderweise die Frage nach Bürgerbildung ins Zentrum stellt. Nach einem Rekurs auf die republikanische Diskussion in der amerikanischen Gründungszeit, der nicht zufällig JEFFERSON zur Sprache bringt und das Kernanliegen des Republikanismus, nämlich die Bildung des moralischen Charakters der Staatsbürger zum Schutz gegen „verderbliche Einflüsse wie Luxus, Reichtum und Macht“ (SANDEL 1995, S. 55) definiert, rekonstruiert SANDEL die Debatten zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die letztlich in den *New Deal* und dessen Folgen mündeten. In Übereinstimmung mit DEWEYS Zeitdiagnose deutet SANDEL die breiten Diskussionen ab 1900 als Ausdruck der Sorgen um den Verlust der aus der republikanischen Tradition stammenden Idee der Selbstregierung als Freiheit (vgl. ebd., S. 62). Im Wesentlichen seien zwei Modelle gegen diese schleichende Entwicklung

21 SANDEL macht, vor allem in späteren Schriften, durchaus auch normative Aussagen, und zwar Richtung Republikanismus, wie noch zu zeigen sein wird.

22 Vgl. zur Vereinbarkeit bestimmter Patriotismen mit modernen liberaldemokratischen Staaten den Aufsatz von REBEKKA HORLACHER in diesem Heft.

entworfen worden, die aber beide nicht oder nicht lange reüssierten: der Versuch der Dezentralisierung der Konzerne (vgl. ebd., S. 67f.) und T. ROOSEVELTS *New Nationalism*, mit welchem die Wirtschaft unter demokratische Kontrolle hätte gestellt werden sollen (vgl. ebd., S. 70ff.). Trotz dieser „Versöhnung“ der Politik mit der Wirtschaft sei der Anspruch an die Bildung der staatsbürgerlichen „Charaktereigenschaften“ nie fallen gelassen worden, wie SANDEL mit dem führenden Philosophen dieser Bewegung, H. CROLEY sagt: Das höchste Ziel der Demokratie liege „in der moralischen und staatsbürgerlichen Bildung der Menschen“ (ebd., S. 72). Allerdings habe sich etwas später ein dritter Strang der Bewegung durchgesetzt, jener der „Verbrauchergemeinschaften“ (ebd., S. 73), in welcher sich nun nicht mehr Teilnehmende traditionaler Gemeinschaften solidarisierten, sondern aufgeklärte Konsumenten (vgl. ebd., S. 74). Das allerdings sei der entscheidende Punkt gewesen, an welchem die republikanische Politik sich gewendet habe (vgl. ebd., S. 78) und – unter dem Einfluss des KEYNESIANISMUS – zunächst im *New Deal* und dann in den 60er Jahren zu einer vorwiegend prozeduralistischen Politik geworden sei (vgl. ebd., S. 79ff.), die sich insbesondere auch durch „ihre Ablehnung des Bildungsstrebens der staatsbürgerlich orientierten Tradition“ auszeichne (ebd., S. 94), was indes von kaum jemandem bemerkt worden sei.

Das Verschwinden staatsbürgerlicher Erwägungen und das Nachlassen des Interesses an entsprechenden Bildungsbestrebungen (vgl. ebd., S. 96f.) habe aber in der Folge zu einem „Unbehagen in der Demokratie“ geführt (vgl. S. 99), weil – hier fasst SANDEL gewissermaßen die kommunitaristische Kritik der frühen Jahre zusammen und weist auf die Notwendigkeit der Bürgertugend bzw. der Selbstregierung hin – trotz aller Freiheiten das Streben der Menschen nach Selbstregierung nicht befriedigt werden konnte (vgl. ebd., S. 104f.). Es gelte deswegen, so SANDELS Überlegung, politische Verfahren zu finden, die die Fragen klären können, welche wirtschaftlichen Einrichtungen die Selbstregierung fördern und wie es möglich ist, in den Bürgern innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft „das für ein staatsbürgerliches Engagement nötige Selbstverständnis heranzubilden“ (ebd., S. 107). Er sucht damit nach Wegen, das Bedürfnis moderner Gesellschaften nach Bürgertugenden über eine pädagogische Interpretation der Gemeinschaften abzudecken. Wie dieses Desiderat erziehungswissenschaftlich formuliert werden könnte, sollen die abschließenden Überlegungen deutlich machen.

#### 4.2 Der erziehungswissenschaftliche Ertrag

Wird TAYLOR kontextualistisch gelesen, so hängt der westliche Liberalismus einer falschen Ontologie nach, was fatale Folgen hat bzw. auch gehabt hat: Zunächst wird der Sinn gemeinschaftlich geteilter Güter nicht in seiner wahren Bedeutung erkannt, dann wird die Kraft derselben durch die inadäquate Sprache auch noch unterhöhlt – und damit letztlich die Grundlage des demokratischen Liberalismus insgesamt. Dadurch wird das Desiderat einer bürgerlichen Tugendbildung grundsätzlich benannt und bei SANDEL, zumindest in den Grundzügen, ausformuliert. Entsprechend elaboriertere Theorieentwürfe finden sich etwa bei P. WHITE (1996) oder E. CALLAN (1997), die beide von den

praktischen Problemen eines unkooperativen Liberalismus ausgehen, aber nicht die ontologische Position eines TAYLOR teilen.

Der spezifische Gewinn des Kommunitarismus, wie er hier verstanden wurde, hängt daher weniger mit der Praxis als solcher als mit der pädagogischen Theorie zusammen. Die Praxis wird insofern nur indirekt berührt, als ontologische Aussagen, falls sie zutreffen, jenseits aller Theorieentwürfe auf Wirklichkeit verweisen, die höchstens in ihrer Wirksamkeit durch inadäquate Theorie geschwächt wird, wobei solche Schwächungen in der Regel reformpädagogische Kritik in allen Varianten zur Folge haben. Eine klassische Position lässt sich bei DEWEY finden. Am Schluss seines Buchs über die Probleme der Öffentlichkeit propagiert er eine global kommunizierende, durch eine immanente Religiosität verbundene Gemeinschaft. Diese soll durch die Stärkung der lokalen Gemeinschaften mit ihren pädagogischen Potentialen realisiert werden, wobei DEWEY betont, dass die „Verbindungen des Ohres mit dem vitalen und expressiven Denken und Fühlen ... unendlich enger und vielfältiger als die des Auges“ sind (DEWEY 1927/1996, S. 181). Daraus wird evident, dass familiäre und nachbarschaftliche Strukturen *per se* erzieherisch sind. Familien sind zwar innerhalb der Gesellschaft rechtlich gesichert und definiert, bestehen aber *innen* aus mehr als der vertraglichen Beziehung kooperierender Teilnehmer, die nur ihre egoistischen Eigeninteressen verfolgen – Familien sind mehr als die Summe der Einzelteile<sup>23</sup>.

Daraus wird ersichtlich, warum der Rekurs auf TÖNNIES fehlschlagen muss. Er unterscheidet „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ *normativ* als Verfall. Im Hintergrund seiner Verfallsgeschichte stehen romantisierte Vorstellungen ethnologischer Beschreibungen von Stammesgemeinschaften, die er gegen die Modernisierung der westlichen Welt setzt. Der Antagonismus verdeckt aber, erziehungswissenschaftlich gesehen, die Chance, Gemeinschaft gerade auch in heutigen westlichen Gesellschaften als erziehungstheoretisch konstitutiv zu deuten. Angenommen, der Holismus beschreibe das Soziale adäquater als der Atomismus, entfällt der *Zwang*, normativ zwischen individueller Freiheit und Gemeinschaft zu entscheiden bzw. nach Mittelwegen und Kompromissen zu suchen. In erziehungswissenschaftlicher Hinsicht wäre „Gemeinschaft“ dann nicht mehr in erster Linie in Bezug auf die Fragen wichtig, *welche* Werte vermittelt werden *sollen* und ob und inwieweit *zur* Gemeinschaft erzogen werden *soll*, sondern würde in erster Linie auf die ontologische Tatsache verweisen, *dass* Wertbindungen, personale Identitäten und Sinnstiftungen in Gemeinschaften gebildet werden. Das scheint mir der eigentliche Ertrag der Diskussion zu sein. „Gemeinschaft“ betrifft zunächst gar nicht einen verfügbaren Gegenstand innerhalb ethischer und pädagogischer Diskurse, sondern ist, als ontologische Kategorie, Voraussetzung jeglicher Interaktion und Identitätsbildung und wird dergestalt innerhalb der Pädagogik sowohl bildungstheoretisch als auch empirisch relevant. Diese konstitutive Bedeutung von „Gemeinschaft“ wird im Kern der Kritik von SANDEL an RAWLS ausgesprochen und fand bereits in WEBSTERS Bemühungen ihren Ausdruck, Tugend in der *Constitution* deswegen nicht zu erwähnen, weil er davon ausging, dass Politik von Menschen be-

23 Um Missverständnissen vorzubeugen, betone ich, dass damit nicht nur die bürgerliche Kleinfamilie gemeint ist.

trieben werde, die in den *communities* zu republikanischen, d.h. gemeinwohl-orientierten Bürgern erzogen worden seien. „Gemeinschaft“ – unabhängig vom Curriculum – in einem solchen Verständnis wäre zu „Gesellschaft“ nicht Gegensatz, sondern fundamentale Voraussetzung, wobei personale Identität und Bürgertugend als zwei Seiten derselben Medaillen zu verstehen wären.

Mit dieser ontologischen Ebene ist aber, TAYLOR folgend, nur der eine Aspekt berücksichtigt. Es bleibt die Frage nach der normativen Ebene. Im Kontext liberaldemokratischer Staaten ist es dabei entscheidend, diese Frage der Parteinahme nicht auf das Kollektiv hin zu fokussieren, sondern auf das Individuum, womit die oft monierten Gefahren der Ausgrenzung Andersdenkender in den Gemeinschaften, die in unseren westlichen Staaten Anathema sein müssen, gegenstandslos werden. In dieser Hinsicht ist insbesondere an die Schule und ihr Curriculum zu denken, die Wissen vermitteln, das nicht nur hinsichtlich einer späteren Berufspraxis Wichtigkeit erhält, sondern Reflexionsmöglichkeiten fördert, die von Schülerinnen und Schülern gerade auch auf sich selbst und ihren persönlichen Kontext angewendet werden können und sollen. Das wäre die Voraussetzung für das, was man, wäre der Begriff bildungstheoretisch nicht schon einschlägig besetzt, Emanzipation nennen könnte.

Zusammengekommen würde dann individuelles Glück nicht auf die Illusion des *unencumbered self* (SANDEL) bauen, sondern auf die Auseinandersetzung des Menschen mit einer Identität, die er in den subpolitischen Gemeinschaften entfaltet hat – und von dem er sich, je nachdem und wie weit auch immer, zu emanzipieren hat. Diese Emanzipation beträfe einzelne normative Elemente der subpolitischen Gemeinschaft, nicht aber das Bewusstsein als solches, ein gemeinwohlbezogenes politisches Wesen zu sein.

## Literatur

- APPLEBY, J.: Die fortwirkenden Spannungen in der Jeffersonschen Tradition. In: H. WASSER (Hrsg.): Thomas Jefferson. Historische Bedeutung und politische Aktualität. Paderborn 1995, S. 51–68.
- BELLAH, R.N./MADSEN, R./SULLIVAN, W.M./SWIDLER, A./TIPTON, S.M.: Habits of the Heart: Individualism and Commitment in American Life. Berkeley (University of California Press) 1985/1996 (updated edition).
- BELLAH, R.N./MADSEN, R./SULLIVAN, W.M./SWIDLER, A./TIPTON, S.M.: The Good Society. New York (Knopf: Distributed by Random House) 1991.
- CALLAN, E.: Creating Citizens. Political Education and Liberal Democracy. Oxford (Clarendon Press) 1997.
- DEWEY, J.: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Darmstadt 1927/1996.
- Die Federalist Papers/HAMILTON, A./MADISON, J./JAY, J., hrsg. v. B. ZEHNPFENNIG. Darmstadt 1993.
- ETZIONI, A.: The Spirit of Community. The Reinvention of American Society. New York (Simon & Schuster) 1993.
- HELLEKAMPS, S.: Gerechtigkeit zwischen Freiheit und Gleichheit. Zum bildungstheoretischen Defizit in der Debatte zwischen Liberalen und Kommunitaristen. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 1 (1998), S. 379–394.
- HEUN, W.: Die politische Vorstellungswelt Thomas Jeffersons. In: H. WASSER (Hrsg.): Thomas Jefferson. Historische Bedeutung und politische Aktualität. Paderborn 1995, S. 87–108.
- HEYTING, F.: Kontingenz und Common sense. Zwischen Liberalismus und Kommunitarismus. Die Resonanz politisch-philosophischer Gerechtigkeitsdebatten in der internationalen Erziehungswissenschaft. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 1 (1998), S. 341–357.
- JEFFERSON, TH.: Notes on the State of Virginia. In: M.D. PETERSON (Hrsg.): Thomas Jefferson. Writings. New York (The Library of America) 1785/7/1984, S. 123–325 (a).

- JEFFERSON, TH.: Brief an John Bannister Jr., 15. Oktober 1785. In: M.D. PETERSON (Hrsg.): Thomas Jefferson. Writings. New York (The Library of America) 1984, S. 837–840 (b).
- KRAMNICK I.: Republicanism & Bourgeois Radicalism: Political Ideology in Late Eighteenth-Century England and America. Cornell (Cornell University Press) 1990.
- LASLETT, P.: Introduction. In: P. LASLETT (Hrsg.): John Locke: Two Treatises of Government. Cambridge (Cambridge University Press) 1960, S. 3–122.
- LUTZ, D.S.: The Relative Influence of European Writers on Late Eighteenth-Century American Political Thought. In: The American Political Science Review 78 (1984), S. 189–197.
- MACPHERSON, C.B.: Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke. Frankfurt a.M. 1967 (englisches Original Oxford 1962).
- METZGER, J.: Die Milizarmee im klassischen Republikanismus. Bern 1999.
- MONTESQUIEU, CH. DE SECONDAT: De l'esprit des lois. In: R. CALLILLOIS (Hrsg.): Montesquieu. Œuvres complètes, Tome II. Paris (Éditions Gallimard) 1748/1951, S. 225–995.
- MOORE, J.: Patriarchalismus und klassischer Republikanismus. In: Grundriss der Geschichte der Philosophie. In: J. SCHÖBINGER (Hrsg.): Die Philosophie des 17. Jahrhunderts. Band 3. England. Basel 1988, S. 549–578.
- MORGAN, E.S.: Die amerikanische Revolution. In: G. MANN/A. NITSCHKE (Hrsg.): Weltgeschichte. 7. Band. Frankfurt a.M. 1964, S. 512–567.
- OELKERS, J.: Die „Geschichte der Pädagogik“ als pädagogisches Problem. Beobachtungen zur Rezeptionsgeschichte im Anschluss an Friedrich Fröbel. In: Neue Pestalozzi-Blätter 4 (1998), S. 8–17.
- OSTERWALDER, F.: L'histoire préliminaire des conceptions libérales de l'éducation en Suisse pendant l'Ancien Régime. In: Bildungsforschung und Bildungspraxis 20 (1998), S. 320–331.
- OSTERWALDER, F.: Pädagogik – ein Bekenntnis. Zur Architektur pädagogischer Diskurse und ihrer Geschichte. In: Neue Pestalozzi-Blätter/Zeitschrift für pädagogische Historiographie 5 (1999), S. 21–27.
- PAINE, TH.: Common Sense. In: B. KULICK (Hrsg.): Thomas Paine. Political Writings, Cambridge (Cambridge University Press) 1776/1989, S. 1–38.
- POCOCK, J.G.A.: The Ancient Constitution and the Feudal Law. A Study of English Historical Thought in the 17th Century. A Reissue with a Retrospect. Cambridge (Cambridge University Press) 1957/1987.
- POCOCK, J.G.A.: The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition. Princeton (Princeton University Press) 1975.
- RAWLS, J.: A Theory of Justice. Cambridge/Massachusetts (Belknap Press of Harvard University Press) 1971.
- REYER, J.: „Gemeinschaft“ als regulatives Prinzip der Sozialpädagogik. Motive im 19. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Pädagogik 45 (1999), S. 902–921.
- RIKLIN, A.: Die Republik von James Harrington 1656. Bern 1999.
- ROUSSEAU, J.-J.: Du Contrat Social. In: B. GAGNEBIN/M. RAYMOND (Hrsg.): Jean-Jacques Rousseau: Œuvres complètes, Tome III. Paris (Éditions Gallimard) 1762/1964, S. 347–470.
- RUSH, B.: A Plan for the Establishment of Public Schools. In: F. RUDOLPH (Hrsg.): Essays on Education in the Early Republic. Cambridge/MA (Belknap Press of Harvard University Press) 1786/1965, S. 3–8 (a).
- RUSH, B.: Thoughts upon the Mode of Education proper in a Republic. In: F. RUDOLPH (Hrsg.): Essays on Education in the Early Republic. Cambridge/MA (Belknap Press of Harvard University Press) 1786/1965, S. 9–23 (b).
- SANDEL, M.: Liberalism and the Limits of Justice. Cambridge (Cambridge University Press) 1982.
- SANDEL, M.: Liberalismus oder Republikanismus. Von der Notwendigkeit der Bürgertugend. Wien 1995.
- SKINNER, Q.: Liberty before Liberalism. Cambridge (Cambridge University Press) 1998.
- STOURZH, G.: Alexander Hamilton and the Idea of American Government. Stanford (Stanford University Press) 1970.
- STOURZH, G.: William Blackstone: Teacher of Revolution. In: G. STOURZH (Hrsg.): Wege zur Grundrechtsdemokratie. Studien zur Begriffs- und Institutionengeschichte des liberalen Verfassungsstaates. Wien 1970/1989, S. 137–153.
- TAYLOR, CH.: Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus. In: A. HONNETH (Hrsg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M. 1994, S. 103–130.
- TRÖHLER, D.: Republikanische Bürgererziehung im alten Zürich am Beispiel Johann Heinrich Füssli. In: J. OELKERS/D. TRÖHLER (Hrsg.): Die Leidenschaft der Aufklärung. Studien über Zusammenhänge von bürgerlicher Gesellschaft und Bildung. Weinheim 1999, S. 155–173.
- TRÖHLER, D.: Republikanismus als Erziehungsprogramm. Die Rolle von Geschichte und Freundschaft in den Konzepten eidgenössischer Bürgerbildung der Helvetischen Gesellschaft. In:



- M. BÖHLER/E. HOFMANN/S. ZURBUCHEN (Hrsg.): Republikanische Tugend. Ausbildung eines Schweizer Nationalbewusstseins und Erziehung eines neuen Bürgers. Genf 2000 (im Druck) (a).
- TRÖHLER, D.: The Global Community, Religion and Education: The Modernity of Dewey's Social Philosophy. In: J. OELKERS/H. RHYN (Hrsg.): Dewey in Europe. Dordrecht (Kluwer Academic Publishers) 2000, S. 159–186 (b).
- UHLE, R.: Individualpädagogik oder Sozialerziehung. Zur Ambivalenz von Autonomie und Re-Vergemeinschaftung. Bad Heilbrunn 1995.
- WEBSTER, N.: On the Education of Youth in America. In: F. RUDOLPH (Hrsg.): Essays on Education in the Early Republic. Cambridge/MA (Belknap Press of Harvard University Press) 1787/88/1790/1965, S. 43–77.
- WHITE, P.: Civic Virtues and Public Schooling: Educating Citizens for a Democratic Society. New York (Teachers College Press) 1996.
- WOOD, G.: The Creation of the American Republic 1776–1787, Chapel Hill (University of North Carolina Press) 1969.
- ZEHNPFENNIG, B.: Einleitung. In: Die Federalist Papers. Darmstadt 1993, S. 1–51.
- ZIRFAS, J.: Die Suche nach dem richtigen Leben. Individualpädagogik oder kommunitaristische Erziehung. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 2 (1999), S. 431–448.
- ZUCKERT, M.P.: Natural Rights and the New Republicanism. Princeton (Princeton University Press) 1994.
- ZUCKERT, M.P.: The Natural Rights Republic. Studies in the Foundation of the American Political Tradition. Notre Dame (University of Notre Dame Press) 1996.

#### *Abstract*

Communitarianism has so far hardly played a role in the pedagogical debate. Within the realm of the German-speaking countries, this is related to the important thesis postulated by FERDINAND TÖNNIES, according to which "society" is a form resulting from the decline of "community", thereby decisively impeding the contemporary recourse to the concept of "community". In the present article, communitarianism is initially conceived as an American phenomenon of the late twentieth century, the roots of which go back to the seventeenth century and, above all, to the era of the foundation of America during the eighteenth century. The reconstruction of these early beginnings reveals a crucial conflict also apparent in the front-line position of two different political languages: that of Republicanism and that of natural law (later, Liberalism). Important is the fact that, despite the triumph of Western Liberalism, starting with the American Constitution, the Republican language did not disappear. In it resides the historical source of communitarianism and the foundation of its political theory, which is of great pedagogical relevance.

#### *Anschrift des Autors*

Dr. Daniel Tröhler, Pädagogisches Institut,  
Universität Zürich, Gloriastraße 18 a, CH-8006 Zürich